

Zeichen der Zeit : politische Justiz auf Weltebene?

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **97 (2003)**

Heft 1

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Willy Spieler

Politische Justiz auf Weltebene?

George W. Bush, der wiedergeborene Fundamentalist, hat auch über die Weihnachtstage nicht aufgehört, die Welt auf seinen Krieg gegen den Irak einzustimmen. Er, der sich nicht nur das Monopol der Gewalt, sondern auch das Monopol der Moral zuspricht, der also Kaiser und Papst in einem sein möchte, ist zu allem fähig, nur nicht zum Amt des Präsidenten einer verantwortungsvollen Weltmacht. Seine verbalen Kraftmeiereien und die gemimte Entschlossenheit seines Auftretens deuten darauf hin, dass er den Krieg gegen den Irak schon längst als «unvermeidlich» ansieht, also beschlossen hat. Er sucht nur noch die Vorwände, um nicht als das zu erscheinen, was er in Wahrheit ist: ein durch die UNO nur notdürftig getarnter Aggressor. Denn weder ist dieser Krieg völkerrechtlich zu rechtfertigen, noch ist er gar «gerecht».

Blamable Rolle der UNO

Die Kriegsmaschine der USA lässt sich scheinbar durch nichts mehr aufhalten. Demnächst werden 100 000 GIs in die Krisenregion verlegt sein. Das ist bald die Hälfte der 250 000 Soldaten, die das Pentagon für eine Invasionsarmee als nötig erachtet. Doch die *Beweise* für Saddam Husseins Lug und Trug *fehlen*. Nicht einmal die CIA scheint über belas-

tendes Material zu verfügen, hat solches jedenfalls bis heute den UNO-Inspektoren nicht zur Verfügung gestellt. Aber was soll's: Der Betrüger ist umso gerissener und gefährlicher, je weniger man ihm den Betrug nachweisen kann. Nach dieser Logik muss er mit oder ohne Beweise angegriffen werden.

Leider macht sich der *Sicherheitsrat* der UNO zum Komplizen der Bush-Krieger. Die Resolution 1441, die er am 8. November 2002 verabschiedet hat, bindet die USA nicht etwa in das Regelwerk der UNO ein, sondern stellt ihnen den gewünschten *Blankoscheck* für die geplante Aggression gegen den Irak aus. Der auf Drängen Frankreichs herbeigeführte *Formelkompromiss* lässt offen, ob ein Krieg gegen den Irak durch eine weitere Resolution legitimiert werden müsste. Die Entschliessung droht dem Irak einfach nur «ernste Konsequenzen» an für den Fall, dass er nicht alle mutmasslich vorhandenen Massenvernichtungsmittel beseitigt oder die UNO-Inspektoren an der Arbeit hindert. Von einer weiteren Resolution, die den Militärschlag gegen den Irak aufgrund des am 27. Januar zu erwartenden Berichts von UNO-Chefinspektor Hans Blix billigen müsste, ist nicht die Rede. Dank dieser Unverbindlichkeit fühlen sich die USA autorisiert, nach eigenem Gutdünken gegen den Irak vorzugehen, wenn sie meinen, dass Saddam Hussein die Auflagen des Sicherheitsrates nicht erfüllt. Damit hat Bush erreicht, was er erreichen wollte: Er und nicht der Sicherheitsrat entscheidet über Krieg und Frieden.

Das ist ein absoluter *Tiefpunkt in der Geschichte der UNO*. Der Sicherheitsrat weicht dem Druck einer Weltmacht, die sich an kein Völkerrecht mehr gebunden sieht. Er ratifiziert am konkreten Beispiel das Recht auf den Präventivkrieg, das die USA heute – entgegen dem Gewaltverbot der UNO-Charta – für sich reklamieren, inklusive die finale Perversion des Nato-Bündnisses, das mit dem

letztjährigen Prager Gipfel zu einem Angriffsbündnis mit der ganzen Welt als Einsatzgebiet umgebaut wurde. Der Domino-Effekt dieser Strategien ist unverkennbar. Schon beruft sich Indien auf das schlechte Beispiel der USA, um seinen Nachbarn Pakistan einzuschüchtern. Und bekanntlich fühlt sich auch Nordkorea bedroht... Soviel ist sicher: Ein Krieg gegen den Irak wird dem Institutionengefüge der UNO irreparablen Schaden zufügen.

Der Sicherheitsrat begeht mit solchen Resolutionen eine Amtsanmassung, die ihm gemäss UNO-Charta nicht zusteht. Der Sicherheitsrat steht nicht über dem Völkerrecht, er hat sich vielmehr an das Völkerrecht zu halten. Wie innerstaatlich das Gewaltmonopol an die Gesetze gebunden ist, nicht anders hat auch der Sicherheitsrat Gewalt nur im Dienste des Völkerrechts auszuüben. Was der Sicherheitsrat mit seiner Resolution 1441 verfügt hat, ist ein Akt *politischer Justiz*, der denn auch der *Willkür* Tür und Tor öffnet. Wie schon im «Zeichen der Zeit» des letzten Oktoberhefts ausgeführt, geht der Sicherheitsrat schon zu weit, wenn er Staaten ermächtigt, Kriege zu führen, und damit seine militärische Sanktionsmacht delegiert, statt sie selbst auszuüben. Er befindet sich schon gar nicht im Einklang mit der UNO-Charta, wenn er nicht einmal mehr abklärt, ob ein Verbrechen vorliegt, das militärische Sanktionen rechtfertigen könnte.

Die Kritik an diesem völkerrechtswidrigen Vorgehen gilt nicht dem Sicherheitsrat als Institution, wohl aber den Regierungen, die ihn gegen die UNO-Charta missbrauchen. Russlands Putin zum Beispiel gibt den USA grünes Licht, damit sie ihn in seinem tschetschenischen Hinterhof unbehelligt wüten lassen. China hält sich zurück, weil es die USA als Investor, Know-how-Lieferanten und Absatzmarkt braucht. Und selbst die rot-grüne Regierung Deutschlands, die seit dem 1. Januar unter den nichtständigen Mitgliedern der Sicherheitsrates Platz

genommen hat, lässt verlauten, sie werde sich an einem neuen Irakkrieg zwar nicht selbst beteiligen, ihm aber mit oder ohne zweite Resolution zustimmen. Um das Verhältnis zu den USA nicht dauerhaft zu beschädigen, wie es heisst. Zu welchen USA? Nimmt die rot-grüne Regierung auch die Meinungsumfragen in den USA zur Kenntnis, die vor einem Alleingang der Bush-Administration warnen? Und darf es vielleicht noch einen Unterschied zwischen einer sozialdemokratischen oder grünen Friedenspolitik und einer imperialistischen Gewaltpolitik geben? Zum Glück sind da noch Abgeordnete, die wie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Hans-Christian Ströbele sagen: «Man kann einem Krieg, den man für falsch hält, nicht zustimmen.»

«Gerechter Krieg»?

Natürlich führt Bush nach seinen Vorstellungen einen «gerechten Krieg», wie immer, wenn es ihm um den *Kampf des Guten gegen das Böse* geht, wobei die USA natürlich das Gute verkörpern. Das war schon beim letzten Golfkrieg so, als Vater Bush sich auf die Lehre der (katholischen) Kirche berief, während der Papst diese «sinnlosen Metzeleien» anprangerte. Was den Irakis jetzt bevorsteht, dürfte angesichts der überlegenen Waffentechnologie der USA erst recht ein Massaker werden. Und wiederum will der Papst von einem «gerechten Krieg» nichts wissen. In seiner Weihnachtsbotschaft zeigt er sich vielmehr besorgt über «das unheilvolle Flackern eines Konflikts, der mit dem Einsatz aller vermeidbar ist». Von «gerechtem Krieg» spricht keiner, der den Anspruch hat, ernst genommen zu werden. Dazu fehlte es auch an den von *Augustinus* bis *Thomas von Aquin* entwickelten *Kriterien* der Vollmacht, der guten Absicht, des gerechten Grundes, der Notwendigkeit und der Verhältnismässigkeit.

Die *Vollmacht*, diesen Krieg im Sinne einer militärischen Sanktion zu führen,

läge beim Sicherheitsrat. Er könnte sie aber nur ausüben, wenn er in Übereinstimmung mit der Uno-Charta handeln würde. An der *guten Absicht* eines George W. Bush sind erhebliche Zweifel angebracht. Wenn es ihm nicht um die Durchsetzung nationaler Öl-Interessen ginge, würde er wohl kaum so verbissen den Sturz Saddam Husseins betreiben. Allenfalls mag noch eine Rolle spielen, dass Bush jun. in Saddam Hussein den Kerl sieht, der seinen Vater umbringen wollte («the guy that tried to kill my dad»), was «Weltpolitik zur Familiengeschichte» schrumpfen liesse, wie der Spiegel (25.11.02) bissig kommentiert.

Den *gerechten Grund* gäbe es allenfalls dann, wenn der Irak seine Massenvernichtungsmittel wirklich nicht beseitigt hätte oder die UNO-Inspektoren an der Arbeit hindern würde. Nur gehört zur Gerechtigkeit auch, dass *Gleiches gleich* behandelt wird. Es kann nicht angehen, dass der Irak Opfer eines High-Tech-Krieges wird, während *Nordkorea* ungestraft mit Atomwaffen drohen und die Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) nach Hause schicken kann, was sich als eine erheblich grössere Gefahr für den Weltfrieden erweisen dürfte. Aber auch die Missachtung von UNO-Resolutionen ist solange kein gerechter Kriegsgrund, als sich nicht nur der Irak, sondern auch andere Staaten – wie insbesondere Israel unter dem Schutz des amerikanischen Vetos im Sicherheitsrat – darüber hinwegsetzen können.

Und wie steht es mit der *Notwendigkeit* eines solchen Krieges? Offensichtlich hat die Eindämmung Saddam Husseins gewirkt, sonst hätte er nicht Waffeninspektoren ins Land gelassen. Sein Regime ist schon zu sehr geschwächt, als dass von ihm noch eine Gefahr für den Nahen Osten ausginge. Ohne eine wirkliche Aggression oder eine unmittelbar drohende Aggressionsgefahr von seiten des Irak aber ist ein solcher Krieg nicht zu rechtfertigen. Im Gegenteil, ein Krieg

der USA gegen den Irak, auch wenn er mit dem Segen der UNO erfolgt, müsste sich kontraproduktiv auswirken. Er zündete wohl die Lunte am Pulverfass Nahost. Es genügt auch nicht, den Krieg zu gewinnen, wenn der Sieger nicht weiss, wie sich ein Besatzungsfrieden erzwingen liesse. Anders als im Kosovo könnte nicht einmal behauptet werden, dass ein solcher Krieg zur regionalen Stabilisierung beitrüge.

Damit erledigt sich auch das Kriterium der *Verhältnismässigkeit*. Die zu erwartenden Menschenopfer und Sachschäden stehen in keinem Verhältnis zu den durchsichtigen Interessen des George W. Bush sowie seiner Entourage aus dem militärisch-industriellen und «religiösen» Komplex.

Widerstand ist angesagt. Auch gegen die Blairs und Schröders, die von einer «Wertegemeinschaft» daherreden – ausgerechnet mit den reaktionärsten Teilen der USA, die sich entgegen der Volksmehrheit bei den letzten Wahlen an der Macht befinden. Aber auch echte Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und demokratische Partizipation lassen sich nicht herbeibomben. Da müsste die amerikanische Führung selbst einmal mit dem guten Beispiel vorangehen, das Völkerrecht respektieren und z.B. nicht auf der einen Seite die Massenvernichtungsmittel eines Saddam Hussein anprangern und auf der anderen Seite die internationalen Verträge verwerfen, die diese Massenvernichtungsmittel verbieten.

Widerstand gegen den bevorstehenden Krieg steht in der besten Tradition des «*anderen Amerika*». So warnt zum Beispiel der *Politologe Charles Kupchan* seinen Präsidenten: «Tue genau das Gegenteil von dem, was du heute tust – übe Zurückhaltung, und gehe auf keinen Fall auf eigene Faust vor. Denn wenn sich der Eindruck verstärkt, dass die USA kein freundlicher Riese, sondern ein räuberischer Gigant sind, wächst der Widerstand und wir geraten in ein gefährliches Fahrwasser» (Spiegel, 6.1.03). •